

# Die Uhrmacherkunst



Alleiniges und eigenes Organ des Zentralverbandes der Deutschen Uhrmacher E. V.

Halle (Saale)

50. JAHRGANG

23. Januar 1925

NUMMER 4

Nachdruck sämtlicher Aufsätze und Notizen ohne ausdrückliche Genehmigung der Schriftleitung verboten

## Generalversammlung der Deutschen Präzisions-Uhrenfabrik, E. G. m. b. H., Glashütte i. Sa.,

am 12. Januar 1925 in Dresden

Die diesmalige Generalversammlung ist ohne Zweifel diejenige, die bisher das größte Interesse bei den Genossen erweckt hat. Etwa 450 Kollegen waren dazu nach Dresden gekommen. Schon am Tage vorher, am Sonntag, fanden Beratungen und Sitzungen statt, die am Montagvormittag fortgesetzt wurden.

Um 3 Uhr 40 Minuten konnte der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Bauer (Potsdam), die Verhandlungen eröffnen. Der Vertreter des Zentralverbandes, das Vorstandsmitglied A. Bätge (Berlin), erhielt die Erlaubnis, der Versammlung beiwohnen zu können, ohne jedoch das Recht zu haben, das Wort zu ergreifen. Nachdem der Vorsitzende die ordnungsmäßige Einladung und die Beschlußfähigkeit der Generalversammlung festgestellt hatte, und nach Begrüßung des Verbandsdirektors Korthaus und der Vertreter der Presse wurde in die Tagesordnung eingetreten. Für die Abstimmungen wurden Stimmzähler bestellt. Der Vorsitzende teilt weiter mit, daß das Aufsichtsratsmitglied Gläser (Glashütte) sein Amt niedergelegt habe, sowie der Vertreter der Arbeitnehmer wegen Aufgabe der Stellung, für den Ersatz eingetreten ist. Vom Aufsichtsrat fehlen entschuldigt die Herren Baumbach (Wiesbaden) und von Carben (Heidelberg). Ihre Aemter als Vorstandsmitglieder haben die Herren Roth und Noack (Dresden) niedergelegt. Ferner teilt er mit, daß der Aufsichtsrat in seiner Sitzung in Kassel beschlossen hat, seine Aemter niederzulegen.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Bericht über die Lage der Genossenschaft, berichtet Herr Generaldirektor Muschan. Er gibt bekannt, daß die Einzahlungen nach dem Beschluß der letzten Generalversammlung außerordentlich schleppend eingegangen seien, so daß ein Rückstand von rund 520000 Mk. verbleibt. Abmeldungen liegen für 1924 580, für Ende 1925 500 vor, also bis Ende 1925 rechtskräftig bis jetzt 1080. Die Gesamtschuld bei der Bank beträgt 2700000 Mk., laufende Wechsel 70000 Mk.; die Lieferantenschulden decken sich mit den Warenforderungen, sie betragen 180000 Mk. Ferner sind vorhanden 50000 Mk. für Avale, eine Sicherheitsleistung für einen Prozeß in Höhe von 100000 Mk. Der Prozeß würde voraussichtlich durch einen Vergleich enden. Eine Bilanz für den 31. Dezember 1924 sei naturgemäß noch nicht fertiggestellt. Die Gesamtumsätze sind 1924 991198,60 Mk. Der Gesamtwarenvorrat beträgt 525400 Mk. Das Jahr 1924 schließt mit einem großen Verlust. Die erzielten Umsätze waren sehr gering. Der Umsatz der „Vereinigten Werke“ war auf 1200000 Mk. veranschlagt, umgesetzt sind etwa 225000 Mk. Der Voranschlag für Glashütte betrug gleichfalls 1200000 Mk., erzielt wurden 435000 Mk. Voranschlag für Teuchern 240000 Mk., erzielt wurden 147000 Mk., Glashütter Feinmechanische Werke 240000 Mk., erzielt 142000 Mk.; Uhrenfabrik Hohenstein 40000 Mk. veranschlagt und auch im Umsatz erreicht. Die geringen Umsätze seien auf die schlechte Konjunktur zurückzuführen. Das erste Halbjahr wäre besser als das zweite gewesen, mit Ausnahme des Monats Dezember. Glashütte erzielte im Dezember 75000 Mk. Umsatz. Im Betrieb selbst sind erhebliche Einschränkungen vorgenommen. Die Verkaufsräume der Vereinigten Werke in Leipzig wurden geschlossen. Bei den Glashütten-Werken

Teuchern wurde der Ofen am 1. Dezember 1924 angeblasen, es wird ein einwandfreies Rohglas geliefert, das für feine Schleifware aber noch nicht ausreicht. In bezug auf 1925 führte er aus, daß das Bestreben dahin geht, die Betriebe aufrechtzuerhalten, soweit es möglich wäre. Es müsse außerordentlich sparsam gewirtschaftet werden und jede Ausgabe für Unkosten einzeln darauf geprüft werden, ob sie unbedingt notwendig wäre. Ferner wäre es notwendig, für die Präzisionsuhr Reklame zu machen und sich über den Beschluß in Stuttgart hinwegzusetzen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung erhielt Herr Direktor Korthaus (Berlin) das Wort. Er führt aus, daß die Genossenschaft die größte ihrer Art in Deutschland sei. Er geht dann näher auf das Gutachten der Kommission ein, das er als Ausgangspunkt für seine eigene Prüfung genommen hat. Bei Prüfung des Betriebes fällt die große Illiquidität auf. Auch die Verwendung erheblicher Bankkredite, um Anlagewerte zu schaffen, sei kapitaltechnisch nicht zu billigen. Die Verwaltung sei in ihren Dispositionen schwer getäuscht worden. Zunächst wären die zu erwartenden Einzahlungen nach den Beschlüssen der letzten Generalversammlung ausgeblieben. Es ständen Hunderte von Mitgliedern mit 1 Mk. zu Buch. Bei den Schulden wäre zu berücksichtigen, daß auch entsprechende Werte gegenüberstehen. Diese Werte seien allerdings beim Erliegen der Werte imaginär. Nach seiner Schätzung hätte das Unternehmen als Betriebstätte, also in vollem Betrieb, einen Wert, der mit etwa 50% belastet wäre. Die Produktion sei zu klein, um vorteilhaft zu sein. Es fehle an Absatz, und hier läge der zweite Irrtum, dem die Verwaltung unterlegen wäre. Die Bestimmung, daß nur an Mitglieder verkauft werden dürfe, müsse seiner Ansicht nach fallen. Das kaufmännische Element wäre in der Genossenschaft nicht zu seinem Recht gekommen. Neben dem leitenden Direktor sei mit gleichem Recht ein kaufmännischer Direktor einzustellen, da das kaufmännische Element jetzt im Vordergrund stehen müßte. Ferner wäre es notwendig, alle Zweigbetriebe, die nicht unbedingt zur Aufrechterhaltung nötig wären, abzustößen. Es käme darauf an, das Wichtigste zu erhalten. In seinen weiteren Ausführungen wendet er sich gegen die Ideen, das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die Hauptbegründung dafür sieht er darin, daß die Aktien keinen Markt hätten, also nicht unterzubringen wären. (Hier scheint unserer Ansicht nach eine Verkennung vorzuliegen, da die Aktien im Uhrmachersgewerbe selbst einen genügenden Markt haben würden. Manch einer würde sich bei einer Aktiengesellschaft lieber beteiligen als bei einer Genossenschaft, weil die Haftsumme fortfällt und er von vornherein bestimmt weiß, mit welchem Verlust schlimmstenfalls zu rechnen ist.)

Ein eingebrachter Antrag, bei jedem Redner anzugeben, mit wieviel Anteilen er beteiligt wäre und wie hoch die Einzahlungen seien, ruft eine starke Erregung in der Versammlung hervor. Der Antrag wird trotzdem angenommen.

Herr Dr. Maron stellt verschiedene Fragen in bezug auf die Bankschulden, Beteiligungen usw. — Herr Prüfer (Görlitz) will wissen, welcher Umsatz nötig wäre, um die „Präzision“ lebensfähig zu